

Sehr geehrte Frau Steinbrügge, sehr geehrter Herr Markurth, sehr geehrter Herr Mohrs, sehr geehrter Herr Radeck, sehr geehrter Herr Hoppe, sehr geehrter Herr Kaatz, liebe Kreis-, Stadt- und Gemeinderatsmitglieder,

Wir wenden uns an Sie, weil die Planung und Umsetzung eines Gewerbegebiets am Autobahnkreuz Wolfsburg-Königsutter den Klimaschutz sehr betrifft.

Raumplanung hat immer am Begriff der Nachhaltigkeit ausgerichtet zu sein. Dazu gehören die soziale, die wirtschaftliche und die ökologische Nachhaltigkeit. Der Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen ist, insbesondere wegen der Klimakrise, die größte Herausforderung im 21. Jahrhundert.

Die von Fridays For Future Deutschland in Auftrag gegebene Studie des Wuppertal-Instituts zeigt, dass Klimaneutralität bis 2035 in den Bereichen Energie, Industrie, Verkehr und Gebäude prinzipiell noch möglich ist. Allerdings sind die dafür nötigen Anstrengungen groß – und wenn wir noch ein Jahr warten, bis wir handeln, schaffen wir es nicht, unter 1,5 Grad Erderwärmung zu bleiben.

Das hieße, dass – zusätzlich zu den schon jetzt spürbaren und schlimmer werdenden Wetterextremen - mit hoher Wahrscheinlichkeit unumkehrbare Kippunkte überschritten würden, darunter das komplette Verschwinden wertvoller Ökosysteme und das Abschmelzen der Festlandgletscher. Zur Zeit sieht es so aus, dass sich die Erde, wenn alle Staaten ihre Klimaziele genau erreichen würden, um über 3 °C erwärmen würde.

Die Verkehrswende ist ein integraler Bestandteil der notwendigen Klimawende. Dabei ist es notwendig sowohl Personen- als auch Güterverkehr zum einen zu reduzieren und zum anderen auf die schon jetzt klimafreundlichen Verkehrsträger zu verlagern. Nur darauf zu setzen, Pkw und Lkw zu elektrifizieren, wird nicht ausreichen, das Pariser Klimaabkommen einzuhalten.

Die Planung eines autofokussierten Gewerbegebiets widerspricht dieser Einsicht fundamental.

Es ist klar, dass dieses Gewerbegebiet seine Wegebeziehungen hauptsächlich mit Wolfsburg, Braunschweig, Königsutter und anderen Orten wie Lehre ausbilden würde. Die Entfernungen zu jedem dieser Orte sind zu groß, als dass sie zu Fuß oder mit dem Fahrrad zurückgelegt werden würden. Auch wäre das Einrichten von entsprechenden attraktiven ÖPNV-Verbindungen mit so hohen laufenden Kosten verbunden, dass eine akzeptable Umsetzung nicht zu erwarten ist. Wegen der ohnehin perfekten Autobahn-Anbindung würde fast jede*r mit eigenem Pkw diesen zum Pendeln verwenden. Das Gewerbegebiet liegt zudem so ungünstig, dass die Strecken unnötig in die Länge gezogen werden, was dem Ziel der Verkehrsreduktion widerspricht. In Niedersachsen gibt es noch kein Gewerbegebiet dieser Größenordnung, das so autoabhängig ist.

Der Güterverkehr würde voraussichtlich komplett per Lkw abgewickelt werden, da das Gewerbegebiet wahrscheinlich keinen Bahnanschluss besitzen würde. Außerdem würde die Ansiedlung von neuen Lkw-Logistik-Unternehmen zusätzlichen Lkw-Verkehr hervorrufen.

Lkw-Transport ist fünf mal klimaschädlicher als der Verkehr auf der Schiene. Selbst bei regenerativ betriebenen Lkw wäre der Energiebedarf immer noch deutlich höher als beim Güterzug. Sogar die Bundesregierung hat erkannt, dass sich deshalb der Anteil des Schienenverkehrs am Güterverkehr drastisch erhöhen muss.

Zukunftsfähige Gewerbegebiete dürfen deshalb keinesfalls abhängig von der Güterversorgung über Lkw sein, sondern müssen an das Schienennetz angeschlossen sein.

Zusätzlich zur ausbleibenden Verkehrswende würde das Klima durch den zu erwartenden großflächigen Einsatz von Zement und Stahl beeinträchtigt - Stahl wird heutzutage noch äußerst klimaschädlich produziert; für Zement sind zur Zeit nicht einmal CO₂-neutrale Herstellungsverfahren bekannt.

Für die lokale Naturschutzperspektive können wir uns nur den bestehenden Stellungnahmen der Umweltverbände anschließen. Wir möchten an dieser Stelle noch kurz die soziale und die ökonomische Nachhaltigkeit beleuchten.

Die Autofokussiertheit des Gewerbegebiets benachteiligt bewusst Menschen ohne eigenen Pkw. Dadurch werden Angestellte dazu genötigt, sich ein Auto anzuschaffen und zu betreiben, was mit hohen Kosten verbunden ist und insbesondere geringeren Einkommen nicht ohne weiteres aufgebürdet werden darf. Aber auch ohne finanzielle Sorgen entscheiden sich immer mehr junge Menschen bewusst gegen das Auto, was unter anderem aus Sicht des Klimaschutzes eine sehr positive Entwicklung ist. Dieses Gewerbegebiet wäre mit diesem Trend nicht vereinbar: Es würde ihn auf der einen Seite fatalerweise ausbremsen, auf der anderen Seite aber auch selber ausgebremst werden, weil es von immer weniger Menschen erreicht werden könnte. Damit wäre ein solches Gewerbegebiet sozial ungerecht, nicht inklusiv und kaum zukunftssicher.

Sogar die langfristige Wirtschaftlichkeit des geplanten Gewerbegebietes ist fraglich. Da im Rahmen der Bekämpfung der Klimakrise Maßnahmen zur Begünstigung von klimafreundlichen Transportmethoden zu erwarten sind, ist es fraglich, ob auch in Zukunft in diesem Maße Lkw-abhängige Gewerbeflächen nachgefragt werden. Dieser Effekt wird durch die kostenintensive Umstellung auf klimafreundlichere Lösungen im Lkw-Transport verstärkt werden.

In Zeiten des dringend notwendigen Umstiegs auf Elektro-Mobilität werden in der Automobilindustrie Zuliefererketten wegfallen. Ziel sollte es sein, die dabei frei werdenden Flächen effizient zu nutzen, um die Versiegelung von weiteren Naturflächen zu vermeiden. Innovative Unternehmen mit sicheren Zukunftsperspektiven legen zudem zunehmend Wert auf klimafreundliches Handeln, weswegen sie sich in einem Gewerbegebiet ohne gute

klimafreundliche Anbindung wahrscheinlich nicht ansiedeln werden. Es ist also zu bezweifeln, dass die geplanten Gewerbeflächen tatsächlich mit zukunftssicheren Unternehmen besetzt werden.

Zusammengefasst: Ein Gewerbegebiet am Autobahnkreuz Wolfsburg-Königsutter wirkt der Verkehrswende entgegen und ist somit keinesfalls mit den Zielen des Pariser Klimaabkommens vereinbar. Dieses Gewerbegebiet wäre die bisher krasseste Ausprägung autofokussierter, klimaschädlicher und auch anderweitig nicht-nachhaltiger Planung in der Region.

Im Studium der Stadt- und Verkehrsplanung an Universitäten und Hochschulen werden ein integrativer Ansatz und insbesondere der Aspekt der Nachhaltigkeit betont. Aktuelle Leitbilder der Stadtplanung sind Nutzungsmischung und die Stadt der kurzen Wege. Beiden steht die Planung dieses Gewerbegebietes komplett entgegen. Baugebiete auf der grünen Wiese sind also nicht nur aus Klimaperspektive irrsinnig, sondern auch aus fachlicher Sicht nicht zeitgemäß. Ansiedlung von Gewerbe, zu der Kommunen aufgrund des aktuellen Gewerbesteuermodells quasi gezwungen werden, sollte stattdessen, wenn überhaupt, in innerstädtischen Mischgebieten oder als behutsame Stadterweiterung entlang von Bahnstrecken stattfinden.

Regionale Zusammenarbeit hätte eigentlich die Aufgabe, Zersiedelung wie diese beispielsweise mithilfe von Ausgleichszahlungen zu verhindern, und damit den schädlichen Wettbewerb der Kommunen nach Gewerbeflächen zu beenden. Hier hat die interkommunale Zusammenarbeit bisher genau das Gegenteil bewirkt und somit versagt.

Wir bitten Sie, die Planung zu diesem Gewerbegebiet zu verwerfen. Im Angesicht der Klimakrise wäre es unverantwortlich, sie umzusetzen. Wir benötigen eine umfassende Klimawende und damit eine zügige Verkehrswende, um das 1,5-Grad-Ziel noch einhalten zu können. Ein Handeln ist jetzt auf allen Ebenen nötig, um die Klimakrise und ihre Auswirkungen noch zu begrenzen.

Mit freundlichen Grüßen

Die Fridays for Future Ortsgruppe Braunschweig

Die Fridays for Future Ortsgruppe Helmstedt

Die Fridays for Future Ortsgruppe Gifhorn

Die Fridays for Future Ortsgruppe Peine

Die Fridays for Future Ortsgruppe Wolfenbüttel

Die Fridays for Future Ortsgruppe Wolfsburg

